

---

Mainz, den 10. Dezember 2021

## Pressemitteilung

### **Zum Tag der Menschenrechte: Krise der Menschenrechte und der Menschlichkeit an den EU-Außengrenzen - die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze**

„Seit Jahren treten die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre selbst gesetzten Werte der Achtung der Menschenwürde, von Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte mit Füßen – sei es in Moria, auf dem Mittelmeer oder entlang der Balkanroute. Der Schutz der europäischen Außengrenzen scheint jeden Preis wert zu sein – auch den von Menschenleben“, erklärt Ann-Christin Bölter, die rechtspolitische Referentin des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz, anlässlich des heutigen Tags der Menschenrechte.

Wie unter einem Brennglas zeigt sich die volle Härte und Unmenschlichkeit der europäischen Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik derzeit an der polnisch-belarussischen Grenze. Seit Monaten harren dort tausende Schutzsuchende u.a. aus Syrien, dem Irak und Afghanistan in einem Niemandsland an der Grenze aus. Sie werden von Polen und Belarus abwechselnd zurückgeschoben – unter Anwendung von Gewalt und ohne Rücksicht auf die Trennung kleiner Kinder von ihren Eltern. Hilfsorganisationen und Ärzt\*innen erhalten keinen Zugang zu dieser von der Öffentlichkeit weitgehend abgeschotteten sogenannten „Sicherheitszone“, in der die polnische Regierung den Ausnahmezustand ausgerufen und einen rechtsfreien Raum geschaffen hat. In der Auseinandersetzung mit einem diktatorischen Regime verfährt Polen, gestützt von den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, nach dem Motto: „If they go low, we go lower!“

Für die Menschen vor Ort bedeutet dies, dass ihnen grundlegendste Menschenrechte verwehrt bleiben: kein Zugang zu Wasser und Nahrung, zu lebensnotwendiger medizinischer Versorgung, zu Unterkunft und wärmender Kleidung - mittlerweile bei zweistelligen Minusgraden - und kein Zugang zu Asylverfahren. Mindestens 13 Menschenleben hat die Abschottung bis Mitte November bereits gekostet – wie viele Menschen wirklich sterben mussten, wird wahrscheinlich niemand erfahren, denn wo keine Journalist\*innen und unabhängigen Beobachter\*innen, da auch keine verlässliche Erfassung des vollen Ausmaßes des Leids der Menschen.

Auch die Entmenschlichung von Schutzsuchenden ist selten so deutlich geworden wie an der polnisch-belarussischen Grenze und in den Reaktionen von Politik und Medien, in denen Menschen in Not sprachlich zu „Waffen“ in einem „hybriden Angriff“ herabgewürdigt werden. Die Politik der EU folgt der sprachlichen Entmenschlichung konsequent: Statt Schutzsuchende - wie es die Menschenrechte und europäisches Recht gebieten würden- aufzunehmen und ihnen ein faires Asylverfahren zu ermöglichen nimmt die Europäische Union - Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 2012 - tausendfaches Leid von Vätern, Müttern, Töchtern, Söhnen, Brüdern und Schwestern im neuen Schandfleck Europas tatenlos in Kauf. Mehr noch! Sie instrumentalisiert es,

- um Flüchtlingsfeinden in ihren Mitgliedsstaaten zu demonstrieren: Wir sind jederzeit dazu bereit, die Menschenrechte einem gewaltsamen Grenzschutzregime zu opfern;

- um Menschen in Kriegs- und Krisengebieten zu signalisieren: Macht Euch nicht auf den Weg nach Europa! Denn für Euch werden die Rechte und Werte, die wir in Sonntagsreden propagieren und für uns selbst in Anspruch nehmen, nicht gelten!

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, deren Verkündung am heutigen Tag der Menschenrechte gedacht wird, entstand weil *„die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen“*<sup>1</sup>.

Bölter abschließend: *„Die von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten zu verantwortende Barbarei an den EU-Außengrenzen ist ein offener Bruch der Menschenrechte. Sich darüber zu empören und ihm entgegenzutreten, ist Pflicht eines jeden Menschen, der an die angeborene Würde und die gleichen, unveräußerlichen Rechte aller Menschen glaubt!“*

---

<sup>1</sup> Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.